

Der Greifswalder Bote

- Unabhängiges Mitteilungsblatt für die Hansestadt Greifswald -



www.freies-pommern.de

Ausgabe 1 / 2012

VOLKSTOD STOPPEN - JETZT!

Demographischer Wandel, Kinderarmut, Überfremdung und Abwanderung der einheimischen Bevölkerung gehören zu den größten Problemen dieser Zeit. Der, von der politischen Führung der BRD geförderte Untergang des deutschen Volkes ist keine Verschwörungstheorie der nationalen Bewegung, sondern traurige Realität in Deutschland. Linke und „seriöse“ Medien stellen diese Fakten immer als Teil der Globalisierung bzw. der wirtschaftlichen Entwicklung dar. Doch, was steht hinter der Fassade und warum soll dies hier thematisiert werden? Zahlen lügen bekanntlich nicht. Demzufolge werden im folgenden Artikel Zahlen vom statistischen Landesamt und vom statistischem Bundesamt sowie der Universität Greifswald angeführt, die vereinfacht darstellen, wie die Bürger von Medien und Politikern über den Ist-Stand in Greifswald und Deutschland belogen und verblendet werden.

Zahlen und Fakten

Die Einwohnerzahlen in den vier größten Städten in Mecklenburg und Pommern wachsen wieder. Neubrandenburg (+145), Schwerin (+179), Greifswald (+248) und Rostock (+1293). Diese Zahlen wurden so von unterschiedlichsten Medien als positives Signal dargestellt. Die Medaille hat jedoch immer zwei Seiten. Hierzu ein einfaches Beispiel in Bezug auf Greifswald. 1991 lebten in Greifswald noch 66.251 Menschen, wobei davon 3.211 Studierende abgezogen werden müssen, da diese überwiegend



nach dem Studium Greifswald verlassen. Im Jahr 2004 erreichte Greifswald mit 52.669 Bürgern sein offizielles Bevölkerungstief, hieß es damals. Interessant ist dabei, dass zu diesem Zeitpunkt die Zahl der Studierenden bei über 10.000 lag. Somit hat sich nicht nur der prozentuale Anteil an Studenten in etwa um das 6-fache gesteigert, während die eigentliche Einwohnerzahl um ca. 20 % sank.

Unter den aktuell 54.610 (2011) Hanseaten gibt es mittlerweile 12.452 (2012) Studenten. Daher steigt nur der Anteil der vorübergehend ansässigen „Greifswaldern“. Der angebliche Bevölkerungsanstieg von 248 Menschen ist also kein Resultat einer kinderfreundlichen Politik oder gar einer demographischen Trendwende, sondern das Produkt einer dreisten „Fehlinterpretation“ der Statistiken. 20.882 Menschen weniger in Greifswald läßt das „Plus“ von 248 Einwohnern verblassen.

Derartige Zahlenspielerien, die bereits in sämtlichen Statistiken gang und gäbe sind, dienen der Verblendung unseres Volkes. Denn seit 1970 sank die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau von 2,0 (1970) auf 1,3 (2006). Allein zum

Erhalt der Bevölkerungszahl wären jedoch 2,3 Geburten nötig. Somit ist Deutschland, was die Geburtenrate angeht, das Schlußlicht in Europa, da es von 27 Ländern auf dem letzten Platz steht (2008). Im Jahre 2010 wurden in der bunten Republik 678.000 Kinder geboren, wobei 859.000 Menschen starben. Das bedeutet einen Bevölkerungsverlust von 181.000 Menschen.

Und das bei einem nichtdeutschen Bevölkerungsanteil von 19,6 % (2009 erstmals offiziell bestätigt). Prognosen sprechen davon, daß es bereits im Jahr 2060 über 50 % Ausländer in Deutschland geben wird. Bei einer Zuwanderung von jährlich 798.000 Menschen und einer Abwanderung von 671.000 Menschen bleiben de facto knapp 200.000 reine Einwanderer übrig, wodurch der sogenannte „Verjüngungseffekt“ künstlich erzeugt wird.

Lesen Sie weiter auf der Seite 2



EIN KuS FÜR MEHR FREIZEIT

Freizeitbeschäftigungen werden immer teurer in Greifswald. Daher wurde der KuS (Kultur- und Sozialpass) eingeführt, der z.B. für vergünstigte Eintrittspreise sorgt.

So führt er zu günstigeren Fahrkarten im Stadtverkehr sowie ermäßigtem Eintritt ins Freizeitbad, in den Tierpark, in das Theater und in das Pommersche Landesmuseum. Weiterhin berechtigt der KuS zum Einkauf im Sozialkaufhaus. Diese und weitere Vergünstigungen sollte jeder Hansestädter nutzen, der das Recht auf einen KuS besitzt. Zu beantragen ist dieser beim Behindertenbeauftragten der Universitäts- und Hansestadt Greifswald im Trelleborger Weg 37.

Vorzulegen sind, falls vorhanden, ein Nachweis des Bezuges von Arbeitslosengeld II, ein Sozialhilfebescheid, ein Wohngeldbescheid, der Studentenausweis, der Ausbildungsnachweis, ein Nachweis über Medikamentenbefreiung und/oder eine Bescheinigung des Ordnungsamtes bezüglich Familiengröße bzw. Familienverhältnisse.

AUS DEM INHALT

5. Kreistagssitzung in Pasewalk	Seite 2
Jabbusch über Bord?	Seite 3
Kostenfreie Rechtsberatung	Seite 3
Die unfaßbare Profitgier der WVG	Seite 4
BauBeCon unter Betrugsverdacht	Seite 4

Fortsetzung von Seite 1

Die Deutschen werden dabei nicht jünger, sondern weniger. Das ist das Prinzip der Umvolkung. Da wundert es nicht, daß im bundesdeutschen Durchschnitt 36% aller Einjährigen Fremdstämmige sind.

Werden die Deutschen also bald wie Indianer verdrängt und „dürfen“ in Reservaten leben?

Es ist hoffentlich klargeworden, daß die Volksvertreter ihre inländer- und kinderfeindliche Politik dadurch beschönigen

wollen, dass sie immer mehr Fremdlinge ins Boot holen und eben nicht „zum Wohle des DEUTSCHEN Volkes“ handeln.

Die Zeit für ein grundlegendes Umdenken ist gekommen - die Stärkung der deut-

schen Familien als Keimzelle des Volkes muß mit einer sozialverträglichen Ausländerrückführung einhergehen!

Weitere Informationen und Nachrichten unter freies-pommern.de und mupinfo.de



Bericht aus dem Kreistag Vorpommern-Greifswald



Bei den Grünen ist die Luft raus, HARTZ-IV-Empfänger erhalten Strafverschärfung

Antifa-Proteste fielen aus

Es dauerte nur ein paar Monate und schon hat sich der antifaschistische Eifer gelegt. Vor dem Eingang zum Sitzungssaal in der Pasewalker Kürassierkaserne wartete kein einziger Mahner und Warner gegen Rechts. Kein Bus aus Greifswald, nicht einmal ein halb voller, wie beim vorigen Mal. Was die Grünen unbedingt verhindern wollten, ist längst Realität. Die NPD gehört zum Kreistag. Im ländlichen Raum, wo die Öko-Chaoten nichts zu melden haben, finden das die meisten Bürger völlig normal.

Chaos-Kreistag war ein teurer Spaß

Die NPD-Fraktion hatte bei der Verwaltung nachgefragt, welche Kosten dem Landkreis durch die am 4.12. vorigen Jahres von Krawallmachern gesprengte Kreistagssitzung in Greifswald entstanden waren. Die Antwort: Genau 3076,76 Euro. Darin enthalten sind die Sitzungsgelder, die Reisekosten für die Abgeordneten und die Aufwendungen für die technische Durchführung der Sitzung. Da die Zusammenkunft wegen der massiven Störungen abgebrochen werden musste, kann der Steuerzahler diesen erheblichen Betrag als sinnlos verschleudert abhaken. Verantwortliche, so die Landkreisverwaltung, könnten nicht mehr ausfindig gemacht werden. Eine

seltsame Ansage angesichts der Tatsache, dass mindestens ein Grünen-Politiker damals dazu aufgefordert hatte, die NPD-Fraktion nicht zu Wort kommen zu lassen und ihr den Zugang zum Sitzungssaal zu verwehren. Man stelle sich vor, für die nächste Sitzung würde die NPD dazu aufrufen, eine Blockade gegen die grünen Kreistagsmitglieder zu organisieren oder diese bei jeder Wortergreifung niederzubrüllen! Ob die Landkreisverwaltung dann auch keine Verantwortlichkeit für eine im Chaos untergegangene Sitzung erblicken würde?

Sozialagentur oder Arbeitsgemeinschaft- Knast oder Knast ohne Heizung

Der Kreistag hatte zu entscheiden, ob die Betreuung der Langzeitarbeitslosen im neuen Großkreis von der Sozialagentur vorgenommen werden sollte, die bisher nur für Ostvorpommern zuständig war, oder ob die in Uecker-Randow tätige Arbeitsgemeinschaft bestehen bleiben und sich ausdehnen würde. Den Fraktionen bot sich nun die Gelegenheit, mit all ihren Fachkenntnissen und Erfahrungen in der Diskussion zu glänzen. Fachkenntnisse und Erfahrungen: Angesichts dieser Anforderungen beschloss die CDU, gar nichts zu sagen. Von den anderen Fraktionen äußerten sich nur einzelne Abgeordnete.

Die einzige Fraktion, die klar ihren Standpunkt vertrat und dann auch einheitlich abstimmte, war die NPD, für die der Frakti-

onsvorsitzende Michael Andrejewski sprach. Er verwies auf seine langjährigen Erfahrungen aus seinen Hartz-IV-Beratungen sowohl in Ostvorpommern als auch in Uecker-Randow. Bei den Arbeitsgemeinschaften hatte er es mit sehr viel mehr krass rechtswidrigen und auch bürgerfeindlichen Bescheiden zu tun als bei der Sozialagentur.

Das bedeute nicht, dass Arbeitslosengeld II bei der Sozialagentur das reine Vergnügen sei, doch stelle diese immerhin das kleinere Übel dar. In die Begriffswelt des Strafvollzugs übersetzt, könnte man sagen: Optionsmodell ist wie Gefängnis, und Arbeitsgemeinschaft wie Gefängnis ohne Heizung. Ursprünglich, so Andrejewski, stellten die Arbeitsgemeinschaften eine verfassungswidrige Mischverwaltung dar. Sie konnten nur überleben, weil man ihretwegen eilfertig das Grundgesetz geändert hatte. Was man nicht hätte tun sollen, denn diese Form der Mischverwaltung sei das reinste Durcheinander und mache es auch schwer, Verantwortlichkeiten festzustellen. Eine Arbeitsgemeinschaft setzt sich zusammen aus der lokalen Filiale der Bundesagentur für Arbeit und dem jeweiligen Landkreis.

Geht etwas schief, weist jeder mit allen Fingern auf den anderen. Andrejewski wies darauf

hin, dass eine Entscheidung für die Arbeitsgemeinschaft endgültig sei. Eine Optionsmöglichkeit würde man nie wieder bekommen. Umgekehrt dürfe man über das Weiterbestehen der Sozialagentur jedes Jahr neu entscheiden, wodurch sich der Kreistag ein Maximum an Einfluss auf die Betreuung der Langzeitarbeitslosen sichern könnte. Das war von einer deutlichen Mehrheit aber nicht gewollt. Ohne Debatte und aus undurchsichtigen Motiven heraus wurde beschlossen, die Hartz-IV-Empfänger einer Chaoten-Arbeitsgemeinschaft auszuliefern. Die Situation dieser Bürger wird sich erheblich verschlechtern.

NPD beantragte Fortschrittsbericht

Der Pasewalker NPD-Kreistagsabgeordnete Kristian Belz sprach zu einem Antrag, in dem ein Fortschrittsbericht zu den versprochenen Einsparungen gefordert wurde, die sich laut Innenminister Caffier durch die Kreisgebietsreform für das ganze Bundesland in einem Bereich von 50 Millionen Euro bewegen sollten. Davon müsse doch jetzt, nachdem der neue Großkreis bereits fast ein halbes Jahr alt ist, schon etwas zu sehen sein. Zumindest eine Prognose für das laufende Jahr sollte bereits erstellt werden können, wobei natürlich auch die durch die

Werbung

WWW.GREIFSWALDINFO.TK





Großkreisbildung verursachten Mehrkosten zu berücksichtigen wären. Allein die neuen Orts-schilder mit dem Zusatz „Land-kreis Vorpommern-Greifswald“ dürften nicht billig sein. Der Antrag wurde von den Etablierten einstimmig abgelehnt. Begründung: Man hätte noch nicht genug Informationen. Wir vermuten mal, das wird auch so bleiben.

Altfehlbetragsumlage angesprochen

Die NPD-Fraktion forderte die Landkreisverwaltung auch auf, sich einmal grundsätzlich dazu zu äußern, wie sie mit der so genannten Altfehlbetragsumlage umgehen wolle. Gesetzlich ist der Großkreis nämlich gehalten, seine gewaltige Verschuldung auf die Kreisgemeinden umzulegen, von denen manche unter dieser Last in die Knie gehen dürften. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Man müsse, so die Landrätin, erst einmal auf die

Ausführungsbestimmungen zu dem einschlägigen Gesetz warten, die von der Landesregierung irgendwann zu erwarten wären. Eigene Gedanken will man sich wohl nicht machen.

Statt gegen Rechts gegen Drogen

In der letzten Sitzung im Dezember 2011 hatten die Etablierten auf Initiative der Ex-SED eine Entschließung „der demokratischen Kreistagsmitglieder“ für Toleranz und Demokratie und gegen Rechts und so weiter verabschiedet. Daraufhin ließ die NPD-Fraktion eine Entschließung der Mitglieder des Kreistages, die die Verharmlosung von Drogen ablehnen, auf die Tagesordnung setzen.

Die Erklärung lautete: „Die Mitglieder des Kreistages Vorpommern-Greifswald setzen sich gemeinsam dafür ein, dass der Widerstand gegen die Verharmlosung von Cannabis im Land-

kreis Vorpommern-Greifswald gestärkt und die Gesundheit unserer hierdurch gefährdeten Jugend geschützt werden.

Wir wenden uns gegen jegliche Verharmlosung von Drogen und lehnen die Freigabe von Cannabis ab. Die Grundhaltung der „Linken“, Cannabis legalisieren zu wollen, ist uns Anlass und Aufforderung, alle parlamentarischen Möglichkeiten zu nutzen und sie in ihre Schranken zu weisen.

Wir machen uns die Auffassung der Gewerkschaft der Polizei zu Eigen, dass Cannabis zu Unrecht als harmlos dargestellt wird und bei Konsumenten eine große Gefahr der Schädigung des Gehirns besteht, insbesondere bei Jugendlichen. Wir wollen, dass der Kreis Vorpommern-Greifswald ein drogenfreier Landkreis ist und bleibt.“

Die Entschließung wurde von Tino Müller eingebracht. In sei-

ner Rede stellte er besonders die Stellungnahme der Gewerkschaft der Polizei heraus, die den Vorschlag der Linken, Haschisch in Deutschland zu legalisieren, scharf zurückgewiesen hatte.

„Für viele Eltern wäre es ein Schlag ins Gesicht, so der Vorsitzende der GdP, wenn sie bei ihren Bemühungen, ihre Kinder drogenfrei zu erziehen, von denen gesagt bekommen: Die Politiker finden aber gar nichts dabei!“

Wegen der Brisanz des Themas beantragte Müller namentliche Abstimmung. Fast alle Etablierten fanden nichts dabei, die Warnungen der Polizeibeamten in den Wind zu schlagen und stimmten gegen die Entschließung. Drogen sind für die herrschenden Parteien offenbar kein Problem. Nur eine Politikerin, eine Ärztin, enthielt sich wenigstens der Stimme. Die NPD-Fraktion wird an dem Thema dranbleiben.

JABBUSCH ÜBER BORD?

Sebastian Jabbusch (PIRATEN) droht Ärger in „seiner“ Partei. So kam heraus, daß der Berliner Landesvorstand der Piraten ein Parteiausschluß verfahren beim Landesschiedsgericht gegen ihn beantragte. Wie kam es dazu?

Gegen den mittlerweile in Berlin wohnhaften Jabbusch wurden Vorwürfe laut: Er soll ein minderjähriges Piratenmitglied dazu gebracht haben, auf dem SPD-Bundesparteitag Wahlcomputer zu hacken. Des weiteren soll er ihn angestiftet haben, während eines Castor-Transportes illegal den Funk- und Datenverkehr der Polizei zu belauschen und zu stören.

Aber auch Jabbusch selbst wurde aktiv und soll mit einem offenen Brief „eine erfolgreiche Rufmordkampagne gegen ein anderes Parteimitglied“ durchgeführt und sich dabei über „ethische Grundsätze, geltendes

Recht und die Organe der Partei“ hinweggesetzt haben.

Diese Vorwürfe wurden von Jabbusch mittlerweile bestätigt. Der ehemalige studentische Senator war in Greifswald in vielerlei Positionen mit Linksextremisten hausieren gegangen. Er war Kopf der Initiative „Uni gegen Arndt“, die durch unreflektierte Kritik am Namensgeber unserer Universität, auf sich aufmerksam machte.

Hierbei trat er wiederholt zusammen mit Linksfaschisten als der scheinbare Befreier auf, um letztendlich die Entscheidung nach Abstimmung des Senats und der Urabstimmung der Studierenden Schaft pro Arndt nicht hinzunehmen. Doch nicht nur hier zeigte er gravierende Demokratiedefizite. Er ist auch als Gründer der „Front deutscher Äpfel“ bekannt, welche oft genug versucht, Demonstrationen



der nationalen Opposition zu blockieren. Der gebürtige Stralsunder verließ somit enttäuscht vom hiesigen politischen Klima, den angeblichen „Wessi“-Beschimpfungen und nach dem Ende seines Studiums Mitte 2010 Greifswald gen Berlin.

Die Redaktion des Greifswalder Boten wünscht dem arbeitssuchenden Exzessivwitterer viel Erfolg auf seinem weiteren politischen Weg, denn Gerüchten zufolge sucht schon die CDU nach Herrn Gutenberg und Herrn Wulff händeringend nach neuem Personal.

Kostenfreie Rechtsberatung

Die NPD hat es vorge-macht, und nun sind die Blockparteien im Zugzwang. Von daher sei hier auf die kostenfreie Rechtsberatung im Amtsgericht (AG) Greifswald (Lange Straße 2) hingewiesen. Helfen soll diese Menschen, die Hartz-IV-Empfänger sind sowie kinderreichen Familien mit einem unterdurchschnittlichen Einkommen.

Die Auskünfte umfassen das Zivil-, Arbeits-, Verwaltungs-, Sozial- und Strafrecht. Geöffnet ist jeden Dienstag von 16 bis 17 Uhr im Zimmer 8 im Erdgeschoß bei den Sitzungssälen des AG. Auch, wenn diese Einrichtung nicht von der NPD ist, ist es empfehlenswert, diese Einrichtung zu nutzen, bevor man rechtlich ein Nachsehen hat.

DIE UNFASSBARE PROFITGIER DER WVG

Die städtische Wohnungsgesellschaft WVG erwirtschaftete 2010 ein Plus von 6,4 Mio. €. Dies ist das Resultat überzogener Mieten und radikaler Dienstleistungseinschnitte. Statt den Gewinn in Form von niedrigeren Mieten an die Bewohner zurück zu geben, plant man bereits neue, überbezahlte Wohnstätten zu errichten.



Interessant dabei ist, daß König Arthur (CDU) sich bei der Geschäftsführung für das „tolle“ Ergebnis bedankte. Dabei war er es, der 2008 die Hälfte der WVG an eine dubiose Immobilienfirma verschern wollte, wofür man ihn noch mit einem Aufsichtsratsposten belohnen wollte. Somit werden die Mieten wohl noch höher und vom Gewinn würden die Greifswalder noch weniger bekommen. Nicht genug, daß nach einem derartigen

Millionengewinn die Mietpreise „ausgereizt“ werden sollen, tragen der Wegfall der Wehrpflicht, verkürzte Abiturjahrgänge und eine steigende Arbeitslosenzahl dazu bei, daß sich die Wohnsituation immer stärker verschärfen wird.

Nicht bei den Studenten oder den Menschen, die Harzt-IV beziehen liegt die Schuld, sondern beim Arthur König und der WVG. Es ist peinlich mitanzu-

sehen, wie der überholte Regent seine Absichten von einst vergessen hat und so tut, als wäre nichts geschehen.

Daß damals ein Bürgerscheid ignoriert wurde, entspricht dem selbstgefälligen Regierungsstil dieses Kronprinzen. Ob in Greifswald jemals eine sozialverträgliche Wohnraumpolitik betrieben wird, ist fraglich; denn offenbar steht das Profitstreben im Mittelpunkt.

PREISTREIBEREI BEIM GAS

Die Greifswalder Stadtwerke verkündeten letztes Jahr, daß ab 01. September 2011 die Gaspreise um 5,7 % steigen würden. Dies bedeutet für Familien eine Mehrbelastung von jährlich ca. 70

Euro, 24 % aller Haushalte sind hiervon betroffen. Während Verbraucherschützer die fehlende Transparenz der Preisgestaltung kritisieren, fehlen immer noch nachvollziehbare Begründungen der Stadtwerke. Pikant ist da-

bei, daß man den Zählerstand vom 31. August 2011 für die Jahresendabrechnung nicht berücksichtigte und es somit geschehen kann, daß Gas, welches vor dem 1. September verbraucht wurde, teils mit dem höheren Tarif abgerechnet wurde.

BAUBECON UNTER BETRUGSVERDACHT

Der Sanierungsträger der Hansestadt sieht sich erneuten Betrugsvorwürfen ausgesetzt. Nicht nur, daß ihm mitunter die Hauptverantwortung bei der Millionen-Kostenexplosion zum Umbau der alten Greifswalder Post anzurechnen werden muß, es sollen nun auch noch fingierte Rechnungen aufgetaucht sein.

Zu Beginn der 12. Kalenderwoche war die Greifswalder Bürgerschaft dann doch genötigt, darüber zu lamentieren, ob es eine weitere Zusammenarbeit mit dieser skurrilen Firma geben

wird. Eine Stillehaltevereinbarung war dann das Ergebnis, wobei die BauBeCon solange als Sanierungsträger für die Stadt Greifswald tätig bleibt, bis die Ermittlungen seitens der Stralsunder Staatsanwaltschaft abgeschlossen seien.

Im Dezember sind wohl, lokalen Medien zufolge, manipulierte und bereits bezahlte Rechnungen an die Stadtverwaltung aufgetaucht. Das Rathaus teilte mit, daß diesen Rechnungen weder Aufträge noch Leistungen zugeordnet werden konnten.

Somit sei wohl seit 13 Jahren in mehr als 25 Fällen ein sechsstelliger Betrag an das „Nimmersatt Unternehmen“ geflossen.

Nach derartigen Vorfällen, kann man sich nur an den Kopf fassen und sich fragen, warum die von den Greifswaldern gewählte Bürgerschaft mit der Entscheidung vom 13. Dezember 2011 der BauBeCon trotzdem noch die Treue hält? Haben da die Greifswalder oder die Bürgerschaft versagt? Jetzt aber fordern die Abgeordneten die Lückenlose Aufklärung.

POLITIKER ERHALTEN IPADS

Die Abgeordneten der Bürgerschaft wurden für einmalig 5000 Euro mit iPads ausgestattet. Dies soll die Kopierkosten von jährlich 175.000 Euro senken. Bei deren Bezügen dennoch verwunderlich, warum diese nicht aus eigener Tasche bezahlt wurden. Solange die Abgeordneten die Tablets jedoch nicht auf dem Autodach liegenlassen, wie Till Backhaus (SPD) in Schwerin es tat, ist es ein guter Schritt in die richtige Richtung.

Helfen Sie mit, unterstützen Sie die Verbreitung unserer Zeitung!

Werden Sie dauerhaft Leser des Greifswalder Boten. Auf Nachfrage erhalten Sie alle Ausgaben eines Jahrganges und alle Neuerscheinungen. Oder fordern Sie eine größere Stückzahl an, um sie in Ihrer Nachbarschaft zu verteilen.

Sie haben wichtige Informationen, die in die Öffentlichkeit gehören? Vertrauen Sie sich uns an und treten mit uns in Kontakt!

